



DIALOG FORUM | Schillerstraße 59 | D-10627 Berlin
T: +49 30 26931460 | www.forumdialog.eu | Redaktion@forumdialog.eu

Presseschau, 26. September bis 2. Oktober 2024

In der vergangenen Woche war die polnische Politik weiterhin mit der Überschwemmungskatastrophe in Südpolen befasst. Der Sejm erließ am Dienstag ein Sondergesetz zur Hilfe für die Flutgeschädigten. Das Oberste Gericht ließ die Auseinandersetzung um die Haltung des Landesstaatsanwalts wieder aufleben, indem es ein Urteil in seiner Zusammensetzung aus Neo-Richtern erließ. Der frühere Justizminister Zbigniew Ziobro könnte in Kürze vor den Pegasus-Untersuchungsausschuss geladen werden, wie ein Gutachten vermuten lässt.

Der Sejm in Sachen Flutkatastrophe

Am vergangenen Donnerstag, den 25. September, richtete der Sejm einen Sonderausschuss zur Unterstützung der Flutopfer ein. „Ich hoffe, der Ausschuss wird ernsthaft und schnell arbeiten. Ich rufe dazu auf, von politischen Exkursen abzusehen“, sagte der Vorsitzende des neuen Ausschusses Mirosław Suchoń, Abgeordneter von Polska 2050.¹ Der Ausschuss machte sich augenblicklich an die Arbeit. Ministerpräsident Donald Tusk (KO) berichtete am Freitag vor dem Sejm über die Regierungsmaßnahmen. Er begann mit dem Appell: „Meine Aufforderung an Sie alle: Suchen Sie hier und heute nach gemeinsamem Handeln, nicht nach einem Feld für einen politischen Schlagabtausch.“²

Später fragte die PiS-Abgeordnete Agnieszka Wojciechowska van Heukelom zur Tätigkeit Tusks: „Hat Donald Tusk zum wiederholten Male Deutschlands Interesse über dasjenige Polens gesetzt, indem er den Polen die Benachrichtigung über die Überschwemmung vorenthalten hat? [...] Donald Tusk sollte sich bei denjenigen Polen entschuldigen, die er durch die Vorenthaltung von Informationen zur Überschwemmung solch ungeheuren Verlusten, einer solch ungeheuren Gefahr

¹<https://wyborcza.pl/7,75398,31338804,sejm-powolal-speckomisje-powodziowa-zajmie-sie-projektami-rzadu.html>

²<https://www.rp.pl/komentarze/art41192741-michal-kolanko-w-sejmie-debata-o-powodzi-donald-tusk-narzucil-jej-ton-pis-jest-w-defensywie>

ausgesetzt hat.“³

Am Dienstag verabschiedete der Sejm das Überschwemmungsgesetz. Selbst Recht und Gerechtigkeit stimmte für das Gesetz, obwohl die Partei nicht mit Kritik an der Regierung gespart hatte. PiS hatte eine eigene Gesetzesfassung vorgelegt, die jedoch abgelehnt wurde. „Wir haben an zwei Entwürfen zur Flutkatastrophe gearbeitet. Tatsächlich ist der Regierungsentwurf sehr umfassend, viel weiter gefasst und berücksichtigt insgesamt alle Aspekte, die sich auch im Entwurf von PiS fanden“, sagte Marek Sowa (KO).⁴

Chaos um den Landesstaatsanwalt

Das ausschließlich aus Neo-Richtern zusammengesetzte Oberste Gericht hat beschieden, dass die Berufung von Dariusz Barski zum Landesstaatsanwalt rechtsgültig war. Auch der bereits nicht mehr amtierende Landesstaatsanwalt betrachtet sich immer noch als im Amt befindlich, obwohl er am Dienstag nicht in die Landesstaatsanwaltschaft eingelassen wurde. Dagegen lud ihn Präsident Andrzej Duda (PiS) immer noch in seiner bisherigen Funktion zu sich.

Barski sagte vor seiner Vorsprache bei der Landesstaatsanwaltschaft: „Ich bin Staatsanwalt und handle dem Gesetz entsprechend. Ich erfülle meine Pflicht. Sollte ich nicht eingelassen werden, nun ja, ich werde nicht mit dem Kopf das Tor einrammen, ich werde keine Gewaltmittel anwenden.“⁵

Nach dem Treffen im Präsidentenpalais sagte Duda Journalisten: „Herr Staatsanwalt Dariusz Barski wurde gemäß gültigem Recht auf die Position des Landesstaatsanwalts berufen, was das Oberste Gericht in seinem letzten Spruch betont hat. Von Tag zu Tag wird die Farce deutlicher, in die sich der Herr Ministerpräsident Donald Tusk und seine Mitarbeiter und alle diejenigen begeben, die in einem fort behaupten, jemand sei ein Neo-Richter. Wir haben es mit einer offenkundigen Rechtsanmaßung zu tun, also mit Rechtlosigkeit, die fortwährend durch die Regierung verursacht wird.“⁶ Der Präsident ergänzte: „Wir erwägen gegenwärtig, welche Maßnahmen wir ergreifen können, um die Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen; darüber sprachen wir unter anderem heute. Wir müssen unbedingt den Bürgern helfen, das ist das Wichtigste.“⁷

Michał Szułdryński schreibt in der *Rzeczpospolita*: „Gerade wird das finsterste Szenarium wahr, in dem die Regierung die einen Gerichte anerkennt und die Opposition andere; die Regierung erkennt den Verfassungsgerichtshof nicht an, genauso wie das Landesgerichtsregister, die Opposition und der Präsident dagegen schon; die Regierung sieht jemand anderen als Landesstaatsanwalt als die Opposition und der Präsident. Acht Jahre Chaos, verursacht von Recht

³<https://wyborcza.pl/7,75398,31345338,tusk-pomogl-niemcom-a-nie-polsce-poslanka-pis-przebija-wszystkie.html>

⁴<https://wyborcza.pl/7,75398,31349596,sejm-przyjal-ustawe-powodziowa-pis-zarzucal-tuskowi-ze-zaspal.html>

⁵<https://wyborcza.pl/7,75398,31349674,barski-u-prezydenta-dudy-jako-prokurator-krajowy.html>

⁶<https://wpolityce.pl/polityka/708285-prezydent-duda-mamy-do-czynienia-z-prawna-uzurpacja>

⁷<https://dorzeczy.pl/opinie/638911/spotkanie-duda-barski-rozwazamy-jak-przywrocic-praworzadnosc.html>

und Gerechtigkeit im Justizwesen, in Verbindung mit Versuchen stellenweiser Korrekturen seitens [des Justizministers] Adam Bodnars bilden eine explosive Mischung. [...] Es besteht das Risiko, dass wir in einen extremen Relativismus verfallen, und der Begriff der Rechtsstaatlichkeit wird entweder keine Bedeutung haben, oder er wird von den verschiedenen politischen Lagern je unterschiedlich verstanden werden. Die Verfassungskrise muss mit politischen Methoden beendet werden.“⁸

Gefragt nach der um die Landesstaatsanwaltschaft herum entstandenen Sachlage, verglich Vizemarschall Krzysztof Bosak (Konfederacja) die Regierungen: „Meiner Meinung nach handeln Ministerpräsident Donald Tusk und Minister Adam Bodnar sehr viel brutaler als in ihrer Zeit Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und [der frühere Justiz-] Minister Zbigniew Ziobro. Diese haben nur das Recht gebeugt, jene brechen es einfach. Diese Regierung handelt nicht durch das Verlassen von Gesetzen, weil sie befürchtet, der Präsident werde gegen diese sein Veto einlegen. Ich wundere mich nur, dass sie die Gesetze zwar nicht niederstimmen, aber sie nicht zum Präsidenten schicken und ihm die Chance geben, sein Veto dagegen einzulegen.“⁹

Wird Ziobro vor den Ausschuss geladen?

Der Pegasus-Untersuchungsausschuss hat den Termin zu Einvernahme des früheren Justizministers Zbigniew Ziobro (SP) auf den 14. Oktober gelegt. Dieser Beschluss erfolgte in Anlehnung an die Erklärung eines Gutachters, derzufolge Ziobro von seiner Krebserkrankung genesen sei und vor dem Ausschuss aussagen könne.

Zbigniew Ziobro selbst reagierte auf seinem Profil bei X auf die Medienberichte: „Ich bin sehr überrascht, wenn ich über das Gutachten über meinen Gesundheitszustand erfahre, denn ich bin von keinem Sachverständigen untersucht worden, noch hat ein solcher ein Gespräch mit mir geführt. Darüber hinaus hat sich weder ein Gutachter noch die Staatsanwaltschaft noch der Untersuchungsausschuss an mich um aktuelle medizinische Befunde gewandt! Ich werde schließlich an verschiedenen Einrichtungen behandelt, auch im Ausland. [...]“¹⁰ Der Abgeordnete hatte daneben einen Auftritt im Fernsehsender TV Republika, bei dem er angab, er begeben sich in die Rehabilitation und wolle so schnell wie möglich wieder gesund werden: „Ich hoffe, dass mir das erlauben wird, auf die verleumderischen Spielchen seitens des Regierungslagers zu antworten.“¹¹

In Bezug auf Ziobros Äußerung macht Joanna Ćwiek-Świedcka in der *Rzeczpospolita* auf folgenden Umstand aufmerksam: „Um sich gleichzeitig an fünf verschiedenen Orten in Polen behandeln zu lassen, muss man sehr gewandt, aktiv und durchsetzungsfähig sein. Und normalerweise dafür

⁸<https://www.rp.pl/komentarze/art41228011-michal-szuldrynski-spor-o-prokuratora-krajowego-zagraza-bezpieczenstwu-panstwa>

⁹<https://polityka.se.pl/wiadomosci/krzysztof-bosak-tusk-i-bodnar-robia-gorsze-rzeczy-niz-morawiecki-i-ziobro-aa-KL9g-CwTP-hjfi.html>

¹⁰<https://x.com/ZiobroPL/status/1838545049946137001>

¹¹<https://www.wprost.pl/polityka/11818987/zbigniew-ziobro-zabral-glos-ws-opinii-bieglego-lekarza-uderzyl-w-opozycje.html>

auch das Geld haben, was die Zeit zwischen dem Anfangsverdacht auf einen Tumor und dem Beginn der Behandlung verkürzt.“¹²

Antoni Dudek, Politikwissenschaftler und Historiker mit einer Professur an der Kardinal Stefan Wyszyński-Universität Warschau, sagte in einem Gespräch mit der *Rzeczpospolita*: „Gesundheitsfragen sind sehr wichtig, aber wir sollten nicht vergessen – als Zbigniew Ziobro Generalstaatsanwalt war, hatte er kein besonderes Verständnis für Menschen, gegen die ein Untersuchungsverfahren anhängig war. [...] der Ausschuss hatte das Recht, einen Gutachter zu bestellen, um festzustellen, ob der vormalige Minister zur Sache aussagen kann oder nicht, und der Gutachter hatte das Recht, dazu die Dokumente heranzuziehen, die ihm vorgelegt wurden, und ein Gutachten in der Sache zu schreiben. Ich sehe hier keine Unregelmäßigkeit, mir scheint, dass alles im Einklang mit der üblichen Verfahrensweise steht.“¹³

In der *Gazeta Wyborcza* vertritt Wojciech Czuchnowski eine andere Auffassung: „Der Gutachter muss jetzt die Verantwortung für die Konsequenzen tragen. Aber nicht nur er. Wenn Politiker, die keine Ahnung von Medizin haben, sich über jemandes Gesundheitszustand auf Grundlage eines medizinischen Gutachtens äußern, ist das unzulässig. In der Sache besitzt diese Einvernahme keine Bedeutung. Das wird nur ein Spektakel. Meiner Meinung nach ein unnötiges.“¹⁴

Paweł Lisicki meint in *DoRzeczy* kategorisch: „Die hinter Tusk stehende Meute ist von den Maßnahmen gegen Zbigniew Ziobro ganz begeistert. Sie hassen PiS so sehr, dass andere Rücksichten schon keine Rolle mehr spielen.“¹⁵

Auch Sebastian Kaleta (SP) stellt sich schützend vor Ziobro: „Die Ärzte sagen ausdrücklich, öffentliche Aktivitäten in Gestalt der Ausübung seines Abgeordnetenmandats dergestalt, wie wir das täglich machen, sind für Zbigniew Ziobros Genesung absolut nicht angebracht.“¹⁶

Auch Tomasz Krzyżak macht sich Gedanken über die Vorladung des früheren Justizministers: „Es ist eine offene Frage, ob sich der Ausschuss dessen bewusst ist, dass es ihm eigentlich nur schaden kann, den Versuch zu machen, den früheren Minister zu vernehmen. Bestimmt wird er nicht nur von seinen Anhängern als Märtyrer wahrgenommen werden.“¹⁷

Tweet der Woche

„Die Neo-Richter im Obersten Gericht verteidigen ihre eigenen Ämter und die Politisierung des Justizwesens. Sie wollen die rechtliche Aufarbeitung blockieren. Die heutige Haltung der drei Neo-Richter ist kein Beschluss des Obersten Gerichts und nicht bindend. Ich werde von dem eingeschlagenen Pfad nicht abweichen, für die Bürger die unabhängigen Gerichte und

¹²<https://www.rp.pl/komentarze/art41188731-cwiek-swidecka-leczenie-w-pieciu-osrodkach-trzeba-byc-zaradnym-jak-zbigniew-ziobro>

¹³<https://www.rp.pl/polityka/art41196721-prof-antoni-dudek-mozna-przypuszczac-ze-zbigniew-ziobro-juz-zakonczy-l-karriere>

¹⁴<https://wyborcza.pl/7,75398,31333741,prawo-czy-spektakl-po-zbigniew-ziobro-stanie-przed-komisja.html>

¹⁵<https://dorzeczy.pl/plus/polska-do-rzeczy/637063/lisicki-glupi-atak-na-ziobre-ziemkiewicz-tusk-musi-eskalowac.html>

¹⁶<https://www.rp.pl/polityka/art41189221-zbigniew-ziobro-przed-komisja-ds-pegasusa-bardzo-niewskazane-dla-zdrowia>

¹⁷<https://www.rp.pl/komentarze/art41182931-tomasz-krzyzak-czy-zbigniew-ziobro-zostanie-meczennikiem>

Staatsanwaltschaften wiederherzustellen.“¹⁸

Adam Bodnar, Justizminister und Generalstaatsanwalt

Bearbeitung: Anna Wróblowska

Aus dem Polnischen von Andreas R. Hofmann

¹⁸<https://x.com/Adbodnar/status/1839647028852199806>